S 11 AL 315/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Rheinland-Pfalz

Sozialgericht Landessozialgericht Rheinland-Pfalz

1

Sachgebiet Sonstige Angelegenheiten

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 AL 315/99 Datum 22.10.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 AL 198/01 Datum 28.11.2002

3. Instanz

Datum -

- 1. Das Urteil des Sozialgerichts Koblenz vom 22.10.2001 â□□ <u>S 11 AL 315/99</u> â□□ und der Bescheid der Beklagten vom 19.07.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23.08.1999 werden aufgehoben.
- 2. Die Beklagte hat die auÃ□ergerichtlichen Kosten des Klägers in beiden RechtszÃ⅓gen zu erstatten. Im Ã□brigen sind Kosten nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Streitig ist, ob der KlĤger einen Eingliederungszuschuss in Höhe von 14.142,66 DM zurückzahlen muss, den er für die Einstellung seiner ehemaligen Arbeitnehmerin, der Beigeladenen, erhalten hat.

Im Oktober 1998 beantragte der KlÃ $^{\rm x}$ ger einen Eingliederungszuschuss fÃ $^{\rm 1}$ 4r die Einstellung der Beigeladenen ab 15.10.1998 als Arzthelferin. Nach dem zwischen dem KlÃ $^{\rm x}$ ger und der Beigeladenen abgeschlossenen Arbeitsvertrag galten nach Ablauf der 6-monatigen Probezeit "die allgemeinen KÃ $^{\rm 1}$ 4ndigungsfristen". AntragsgemÃ $^{\rm x}$ A $^{\rm m}$ bewilligte die Beklagte dem KlÃ $^{\rm x}$ ger mit Bescheid vom 26.11.1998 einen Eingliederungszuschuss fÃ $^{\rm m}$ 4r die Dauer vom 15.10.1998 bis 31.12.1998 in HÃ $^{\rm m}$ 4he von 1.523,51 DM und vom 01.01.1999 bis 14.10.1999 in

Höhe von 1.705,38 DM monatlich. Bestandteil des Bewilligungsbescheides waren mehrere Nebenbestimmungen. Unter Ziff. 5 der Nebenbestimmungen war aufgefÃ⅓hrt, dass der Eingliederungszuschuss zurÃ⅓ckzuzahlen ist, wenn das Beschäftigungsverhältnis während des Förderungszeitraums oder innerhalb eines Zeitraums, der der Förderungsdauer entspricht, längstens jedoch von 12 Monaten, nach Ende des Förderungszeitraums beendet wird. Die Beklagte zahlte dem Kläger Eingliederungszuschuss in der bewilligten Höhe bis einschlieÃ∏lich Juni 1999 in einer Gesamthöhe von 14.142,62 DM.

Die Beigeladene erkrankte am 08.06.1999 arbeitsunfĤhig. Dr. L , Facharzt für innere Medizin und Gastroenterologie, stellte bei ihr am 17.06.1999 eine Hepatitis C Typ Ib fest. Bereits am 08.06.1999 hatte die Beigeladene ihren Hausarzt Dr. A wegen Beschwerden aufgesucht. Dieser konnte damals nicht verbindlich sagen, ob es sich bei der Erkrankung um eine bereits abgelaufene Hepatitis C mit zurückgebliebenen Antikörpern oder aber um eine akute Erkrankung handelte. Dies stand erst am 25.06.1999 verbindlich fest (Schriftsatz der Klägerin vom 08.02.2002). An diesem Tag informierte die Beigeladene den Kläger über diesen Befund. Im Juli 1999 wurde die Beigeladene zwei Tage lang im Universitätsklinikum E behandelt. Dieses stellte am 21.09.1999 eine "akute Hepatitis C mit hoher Viruslast" und eine weiterhin bestehende Arbeitsunfähigkeit bei der Beigeladenen fest und führte aus, dass eine abschlieÃ□ende Entscheidung über ihre Arbeitsfähigkeit in 3 Monaten erfolgen werde.

Mit Schreiben vom 28.06.1999 kündigte der Kläger das Arbeitsverhältnis mit der Beigeladenen zum 31.07.1999. Die Beigeladene erhob gegen die Kündigung erfolglos Klage vor dem Arbeitsgericht Koblenz.

Nachdem die Beklagte von der Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch eine Mitteilung der Beigeladenen erfahren hatte, forderte sie den Kläger nach Anhörung mit Bescheid vom 19.07.1999 auf, den in der Zeit vom 15.10.1998 bis 30.06.1999 erhaltenen Eingliederungszuschuss in einer Gesamthöhe von 14.142,66 DM zurückzuzahlen, weil er das Arbeitsverhältnis mit der Beigeladenen innerhalb der Förderfrist ohne wichtigen Grund gelöst habe. Hiergegen wandte sich der Kläger mit dem Widerspruch und führte aus, dass der Beigeladenen sehr wohl aus wichtigen Gründen gekündigt worden sei, denn sie sei an Hepatitis C erkrankt und daher in seiner Praxis nicht mehr einsetzbar gewesen. Mit Widerspruchsbescheid vom 23.08.1999 wies die Beklagte den Widerspruch des Klägers unter Bezugnahme auf § 223 Abs. 2 Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SBG III) zurück.

Am 27.08.1999 hat der KlĤger Klage vor dem Sozialgericht Koblenz (SG) erhoben.

Mit Urteil vom 22.10.2001 hat das SG die Klage abgewiesen.

Gegen das ihm am 05.11.2001 zugestellte Urteil hat der Kläger am 15.11.2001 Berufung eingelegt.

Der KlAzger trAzgt vor:

Die angefochtene Entscheidung sei rechtswidrig. Er sei nicht verpflichtet, den ihm gewährten Eingliederungszuschuss zurückzuzahlen. Er sei nämlich sehr wohl berechtigt gewesen, das ArbeitsverhÃxltnis mit der Beigeladenen fristlos zu kündigen. SchlieÃ∏lich sei die Beigeladene an Hepatitis C erkrankt gewesen und habe wegen akuter Ansteckungsgefahr in seiner internistischen Praxis nicht mehr eingesetzt werden kA¶nnen. Aufgrund des Krankheitsbildes der Beigeladenen mýsse auch in Zukunft mit Krankheitsschýben gerechnet werden, so dass sie letztlich ihren Beruf als Arzthelferin wohl auch in Zukunft überhaupt nicht mehr ausüben könne. Tatsache sei, dass die Beigeladene bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens im Kündigungsschutzverfahren vor dem Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz, also bis zum 17.03.2001, arbeitsunfÄxhig erkrankt gewesen sei und darüber hinaus einen Rentenantrag gestellt habe. Er unterhalte einen so genannten Kleinbetrieb und musste, um diesen Betrieb aufrecht erhalten zu können, für die ausgefallene Mitarbeiterin umgehend Ersatz beschaffen. Anderenfalls hÄxtte er seine Arztpraxis gar nicht fortfļhren kĶnnen. Auch in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts sei grundsĤtzlich anerkannt, dass eine Krankheit als wichtiger Grund für eine auÃ∏erordentliche Kýndigung dann in Betracht kommen könne, wenn der Arbeitnehmer aus gesundheitlichen Gründen nicht fähig sei, die vertraglich übernommene Arbeit zu erbringen. Die nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts vorzunehmende InteressenabwĤgung zwischen seinen betrieblichen Belangen und den Interessen der Beigeladenen müsse in jedem Fall dazu führen, dass vorliegend eine au̸erordentliche Kündigung zulässig gewesen sei. Er sei nämlich â∏ dies wiederhole er noch einmal â∏ auf die Mitarbeit einer Arzthelferin angewiesen gewesen.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Koblenz vom 22.10.2001 â_{□□} <u>S 11 AL 315/99</u> â_{□□} und den Bescheid der Beklagten vom 19.07.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23.08.1999 aufzuheben.

Die Beklagte und die Beigeladene beantragen,

die Berufung zurļckzuweisen.

Die Beklagte trĤgt vor:

Die tatbestandlichen Voraussetzungen des anzuwendenden § 223 Abs. 2 SGB III in der bis zum 31.07.1999 geltenden Fassung seien erfýIIt. Der Kläger habe den Eingliederungszuschuss zurýckzuzahlen, weil er das ArbeitsverhäItnis mit der Beigeladenen während der Förderungszeit ohne wichtigen Grund gekündigt habe. Ob ein wichtiger Grund für die Kündigung vorgelegen habe, richte sich nach arbeitsrechtlichen Grundsätzen des § 626 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). Nach dieser Vorschrift sei entscheidend, ob dem Arbeitgeber unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des ArbeitsverhäItnisses bis zum Ablauf der ordentlichen Kþndigungsfrist nicht habe zugemutet werden können.

Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts stelle an eine krankheitsbedingte, ordentliche Kündigung bereits sehr hohe Anforderungen, diese seien bei einer fristlosen Kündigung im Krankheitsfall ungleich höher und lägen hier nicht vor. Ihrer Ansicht nach habe bei der Beigeladenen keine dauernde Unfähigkeit, die arbeitsvertraglich geschuldete Leistung zu erbringen, vorgelegen, sondern lediglich eine Leistungsminderung, aufgrund derer die Beigeladene auf unbestimmte Zeit in der Arztpraxis des Klägers nicht einsetzbar gewesen sei.

Die Beigeladene trĤgt vor:

Sie habe im Juni 1999 von ihrem Hausarzt von ihrer Erkrankung erfahren. Zu diesem Zeitpunkt habe indes nicht festgestanden, ob es sich hierbei um eine "alte" Erkrankung mit zurĽckgebliebenen AntikĶrpern oder um eine akute Erkrankung gehandelt habe. Wegen ihres schlechten gesundheitlichen Zustandes habe Dr. A sie arbeitsunfĤhig geschrieben. Am 25.06.1999 habe, nachdem zahlreiche Untersuchungen durchgefļhrt worden waren, festgestanden, dass tatsĤchlich eine akute Erkrankung vorliege. Am selben Tag sei der KlĤger von ihr ļber dieses Untersuchungsergebnis informiert worden. 3 Tage spĤter habe der KlĤger ihr dann gekļndigt; die Kündigung sei ihr tags darauf, also am 30.06.1999, zugegangen. Eine Begrļndung fļr die Kündigung habe er ihr nicht mitgeteilt. Allerdings habe er bereits kurze Zeit spĤter eine neue Arzthelferin gesucht. Die Aussage des KlĤgers, sie sei wegen akuter Ansteckungsgefahr in seiner internistischen Praxis nicht einsetzbar gewesen, sei nachweislich falsch. Sie sei bereits 4 Monate nach Ausbruch der Behandlung virenfrei gewesen.

Der Senat hat Herrn Dr. L um Auskunft zu der Frage gebeten, ob die Erkrankung der Beigeladenen ansteckend und ob wĤhrend der akuten Phase nach arbeitsmedizinischen GrundsĤtzen ihre BeschĤftigung als Arzthelferin in einer internistischen Arztpraxis ausgeschlossen war.

Zur Ergänzung des Sach- und Streitstandes wird im Ã□brigen auf den Inhalt der Gerichtsakte, der den Kläger betreffenden Leistungsakte der Beklagten, der Akte des Arbeitsgerichts Neuwied (Az.: 8 Sa 1314/99) sowie des Aktenauszugs der die Beigeladene betreffenden Akte der Berufungsgenossenschaft fù⁄₄r Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, H , Bezug genommen. Er ist Gegenstand der mù⁄₄ndlichen Verhandlung und Beratung gewesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung des KlĤgers ist begründet. Zu Unrecht hat das SG die Klage abgewiesen. Der angefochtene Bescheid der Beklagten vom 19.07.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23.08.1999 ist rechtswidrig. Der KlĤger ist nicht verpflichtet, den ihm gewĤhrten Eingliederungszuschuss in Höhe von 14.142,66 DM zurückzuzahlen.

Vorliegend findet auf den Erstattungsanspruch der Beklagten $\hat{A}\S$ 223 Abs. 2 SGB III in der bis zum 31.07.1999 geltenden Fassung Anwendung. Seine bisherige Rechtsprechung (vgl. Urteil vom 28.02.2002 \hat{a} L 1 AL 144/00 \hat{a} gibt der Senat

im Hinblick auf die Entscheidung des Bundessozialgerichts (BSG) vom 21.03.2002 â∏ B 7 AL 48/01 R â∏ auf. Dort hat das BSG überzeugend dargelegt, dass sich die Anbergangsregelung des AS 422 SGB III schon nach ihrem Wortlaut nicht nur auf laufende Leistungen bzw. LeistungsfĤlle, die bei Eintritt der RechtsĤnderung noch nicht abgeschlossen sind, sondern auf das gesamte Gebiet der Leistungen der aktiven Arbeitsfå¶rderung, hier also auch auf das Gebiet der Eingliederungszuschüsse nach den §Â§ 217 ff SGB III und mithin auch § 223 SGB III, bezieht. Auch die Regelung über die Anspruchsvoraussetzungen für Eingliederungszuschļsse und deren Rückzahlung sind einheitlich als Vorschriften über "Leistungen der aktiven Arbeitsförderung" im Sinne des § 422 SGB III anzusehen. Die Anwendung des § 422 SGB III auf die Rückzahlungsverpflichtung entspricht auch dem Sinn und Zweck dieser Regelung. Durch diese Vorschrift sollen die einmal in Gang gesetzten Ma̸nahmen der aktiven ArbeitsfĶrderung nach dem Recht behandelt werden, das zu dem Zeitpunkt galt, als die Voraussetzungen des <u>§ 422 Abs. 1 SGB III</u> vorlagen. Dieser Grundsatz gilt auch fÃ1/4r die RÃ1/4ckzahlung solcher Leistungen. Der Arbeitgeber soll darauf vertrauen dürfen, dass sich die Rückzahlungsvoraussetzungen nicht nach den in § 422 Abs. 1 SGB III genannten Zeitpunkten zu seinen Lasten Ĥndern. Dass dieser Grundsatz hier ausnahmsweise â∏∏ wegen zwischenzeitlicher Verbesserung der Rückzahlungsvoraussetzungen â∏ zu Lasten der Arbeitgeber wirkt, kann nicht dazu führen, die Grundstruktur des § 422 SGB III (es bleibt aus Gründen der Planungssicherheit bei dem zum Zeitpunkt des Beginns der Ma̸nahme etc. geltenden Rechts.) umzukehren. Denn es geht nicht nur um Planungssicherheit für den Leistungsempfänger, sondern auch um Rechtssicherheit- und klarheit für die Bundesanstalt für Arbeit. Dieser Gesichtspunkt der KontinuitÄxt wird auch dadurch unterstrichen, dass das Gesetz nicht zwischen begļnstigenden und belastenden GesetzesĤnderungen differenziert (so ausdrücklich BSG a.a.O.).

Nach dem danach anzuwendenden § 223 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SGB III alter Fassung ist der Eingliederungszuschuss nur dann nicht zurückzuzahlen, wenn der Arbeitgeber unter anderem berechtigt war, das Arbeitsverhältnis aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen. Als "wichtige Grþnde" im Sinne dieser Vorschrift sind solche anzusehen, die nach den einschlägigen arbeitsrechtlichen Vorschriften, insbesondere § 626 BGB, zur fristlosen Auflösung eines Arbeitsverhältnisses berechtigen. Nach § 626 Abs. 1 BGB ist der Arbeitgeber zur fristlosen Kþndigung des Arbeitverhältnisses berechtigt, wenn Tatsachen vorliegen, die unter Berücksichtigung aller Umstände und unter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile dem Kþndigenden die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses unzumutbar machen.

Die Voraussetzungen des \hat{A} § 223 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SGB III alter Fassung sind vorliegend erf \hat{A} ¹/₄IIt.

Dabei ist es nach Ansicht des Senats unerheblich, dass der Kl \tilde{A} $^{\times}$ ger der Beigeladenen nicht fristlos, sondern fristgerecht unter Einhaltung der im Zeitpunkt des Ausspruchs der K \tilde{A} 1 4 ndigung nach \tilde{A} 8 622 Abs. 2 Nr. 1 BGB geltenden 1-Monats-Frist zum Ende eines Kalendermonats gek \tilde{A} 1 4 ndigt hat. Aus dem Wortlaut der

Vorschrift (" â□¦ berechtigt war, â□¦") ergibt sich nicht, dass eine Rückzahlungsverpflichtung nur dann ausscheidet, wenn tatsÃxchlich eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist erfolgt ist. Vielmehr l\tilde{A}\tilde{x}sst der Gesetzeswortlaut auch die Auslegung zu, dass eine Rückzahlungsverpflichtung bereits dann nicht eintreten soll, wenn der Betroffene â∏ auch wenn er das Arbeitsverhältnis nicht aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt hat â∏ hierzu befugt gewesen wäre, also eine unterstellte Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist rechtmäÃ∏ig gewesen wäre. Für diese Auffassung spricht im ̸brigen auch Sinn und Zweck der Vorschrift: Abs. 2 dient der Sicherstellung des FĶrderungsziels. Wenn das FĶrderungsziel der dauerhaften Eingliederung in den Arbeitsmarkt nicht erreicht wird, der Arbeitgeber also seiner Verpflichtung, die er mit Annahme des Lohnkostenzuschusses eingeht, den Arbeitnehmer über den Förderzeitraum und die weitere Beschäftigungszeit hinaus zu beschä¤ftigen, nicht erfä¼llt, ist der Lohnkostenzuschuss zurückzuzahlen. Dies gilt allerdings dann nicht, wenn der Grund der Beendigung des ArbeitsverhĤltnisses nicht auf den Arbeitgeber zurļckzufļhren ist. In diesem Fall macht es keinen Unterschied, ob lediglich die Voraussetzungen für eine ausnahmsweise zulässige rechtmäÃ∏ige Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist vorgelegen haben oder ob von dieser Kýndigungsmöglichkeit tatsÃxchlich Gebrauch gemacht wurde.

Dem Kläger stand ein Recht zur auÃ∏erordentlichen fristlosen Kündigung der Beigeladenen nach § 626 BGB am 28.06.1999 zu. Nach dieser Vorschrift kann das ArbeitsverhĤltnis von jedem Vertragsteil aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn objektiv Tatsachen vorliegen, aufgrund derer dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles und unter AbwĤgung der Interessen beider Vertragsteile die Fortsetzung des DienstverhĤltnisses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zu der vereinbarten Beendigung des DienstverhĤltnisses nicht zugemutet werden kann. Deswegen ist es auch unerheblich, wann der KlAzger tatsAzchlich Kenntnis über die akute Erkrankung der Beigeladenen erlangt hat. Vor dem Hintergrund bereits sehr strenger Anforderungen an die eine ordentliche gesundheitsbedingte Kündigung rechtfertigenden Umstände (BAG, Urteil vom 10.12.1987 -Az.: 2 AZR 515/87-), nimmt die Rechtsprechung der zustĤndigen Fachgerichte, der sich der erkennende Senat insoweit anschlie̸t, an, dass die krankheitsbedingte Minderung der LeistungsfÄxhigkeit des Arbeitnehmers in der Regel nicht geeignet ist, einen wichtigen Grund für eine auÃ∏erordentliche Kündigung darzustellen (BAG AP Nr. 3 zu § 626 BGB). Sie steht vielmehr unter dem Vorbehalt des Ultima-Ratio-Grundsatzes und setzt besondere Umstände des Einzelfalles voraus, aufgrund derer dem Arbeitgeber im Einzelfalle ausnahmsweise die Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist unzumutbar erscheint. Solche Umstände sind in der Rechtsprechung und in der Kommentierung erwogen worden fA1/4r die FAxIIe des tarifvertraglichen Ausschlusses der ordentlichen Kýndbarkeit (BAG NIW 1996, 2446, dann aber mit einer sozialen Auslauffrist im Wege der vor Eintritt der Unkündbarkeit zuletzt zu wahrenden Frist zur ordentlichen Kündigung) sowie in sonstigen extremen AusnahmefÄxllen von abschreckenden ekelerregenden oder ansteckenden Erkrankungen (vgl. Schaub, Arbeitsrecht, § 125).

Unter Beachtung dieser von der arbeitsgerichtlichen Judikatur prĤzisierten MaÄ□stĤbe kam eine fristlose Kündigung der Beigeladenen in Betracht. Die Beigeladene hat im Zeitpunkt des Ausspruchs der Kündigung an einer akuten Hepatitis C Genp â□□ Typ 1 b gelitten. Sie hat insoweit selbst vorgetragen, dass, nachdem bereits Anfang Juni 1999 ein entsprechender Verdacht bestand, der tatsächliche Nachweis über eine akute Erkrankung am 25.06.1999 erbracht und der Kläger von ihr persönlich am selben Tag über dieses Untersuchungsergebnis informiert worden war. Nach der nachvollziehbaren und überzeugenden Auskunft des die Beigeladene seinerzeit behandelnden Arztes Dr. L in seiner Stellungnahme an den Senat vom 23.07.2002 sollte jemand, der an einer akuten Hepatitis C erkrankt ist, nicht in einer Arztpraxis arbeiten, weil er sich in einem schlechten Immunzustand befindet und jederzeit die Patienten mit der Erkrankung bei Kontakten Ã⅓ber Blut anstecken kann.

Eine fristlose Kündigung hÃxtte am 28.06.1999 auch noch innerhalb der Ausschlussfrist des Â \S 626 Abs. 2 BGB erfolgen können, denn der KlÃxger hat innerhalb dieser Frist Kenntnis über die akute Erkrankung der Beigeladenen erlangt. Die KündigungserklÃxrung ist der Beigeladenen auch innerhalb der 2-Wochen-Frist, nÃxmlich bereits am 30.06.1999, zugegangen (vgl. hierzu BAG NJW 1987, 2168).

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1 SGG</u>.

Revisionszulassungsgründe nach <u>§ 160 Abs 1 Nr 1 oder 2 SGG</u> liegen nicht vor.

Erstellt am: 30.12.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024